Abfertigung Alt

Wenn Sie Ihr Arbeitsverhältnis vor dem 1. Jänner 2003 begonnen haben, gelten für Sie die Regelungen der "Abfertigung Alt".

ACHTUNG

Im Falle von Wiedereinstellungs-Zusagen kann auch bei Arbeitsverhältnissen, die ab dem 1. Jänner 2003 begonnen haben, das alte Abfertigungsrecht zur Anwendung kommen!

Wann wird eine Abfertigung ausbezahlt?

Ein Anspruch auf Abfertigung besteht nur dann, wenn Ihr Arbeitsverhältnis mindestens 3 Jahre ohne Unterbrechung gedauert hat.

Weiters gilt Folgendes:

Bei folgenden Beendigungsarten besteht ein Abfertigungsanspruch:

- Bei Arbeitgeberkündigung
- Bei unverschuldeter Entlassung
- Bei berechtigtem vorzeitigem Austritt
- Bei Ablauf eines befristeten Arbeitsverhältnisses
- Bei einvernehmlicher Lösung
- Bei Tod der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers, wenn gesetzliche Erben vorhanden sind, zu deren Erhaltung die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer verpflichtet war.

Auf Ihr Arbeitsverhältnis kommt das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz (BUAG) zur Anwendung? Dann zählen Zeiten eines Arbeitsverhältnisses für die Abfertigung nach altem Recht nicht, wenn Sie das Arbeitsverhältnis einvernehmlich lösen.

Wann Ihnen trotz Selbstkündigung eine Abfertigung zusteht

Sie bekommen auch dann eine Abfertigung, wenn Sie das Arbeitsverhältnis in folgenden Fällen selbst kündigen:

Wenn Sie eine gesetzliche Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit in Anspruch nehmen

Wenn Sie eine bescheidmäßige Feststellung einer voraussichtlich mindestens 6 Monate andauernden Berufsunfähigkeit oder Invalidität erhalten

Wenn Sie auch nach Ende Ihres Anspruchs auf Entgeltfortzahlung und Krankengeld weiterhin krank sind – und gleichzeitig ein Leistungsstreitverfahren für Ihre Berufsunfähigkeits- oder Invaliditätspension läuft

Bei Kündigung wegen wesentlicher Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Zuge eines Betriebsübergangs

Wenn Sie Ihr Arbeitsverhältnis im Zusammenhang mit Ihrer Elternschaft beenden. **ACHTUNG:** Hier gelten bestimmte Voraussetzungen. Genauer erfahren Sie bei Ihrer Arbeiterkammer.

Weiters haben Sie auch dann einen Abfertigungsanspruch, wenn Ihr Arbeitsverhältnis bereits 10 Jahre ohne Unterbrechung gedauert hat und Sie es in folgenden Fällen kündigen:

Wenn Sie als Frau das 60. Lebensjahr oder als Mann das 65. Lebensjahr vollendet haben

Wenn Sie die gesetzliche vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer in Anspruch nehmen

INHALT

Wann wird eine Abfertigung ausbezahlt?

Höhe des Abfertigungsanspruches

Zeitpunkt der Auszahlung

Übertritt vom alten ins neue Abfertigungssystem

Betriebsvereinbarung über die Festlegung von Rahmenbedingungen bei Übertritt ins Abfertigungsrecht Neu (0,6 MB - pdf)
Betriebsvereinbarung über die Auswahl einer betrieblichen Vorsorgekasse (0,5 MB - pdf)
Übertrittsvereinbarung - wenn keine Betriebsvereinbarung im Betrieb existiert (0,4 MB - pdf)
Übertrittsvereinbarung - Einfriervariante (0,4 MB - pdf)
Übertrittsvereinbarung - bei Vorliegen einer Betriebsvereinbarung (0,4 MB - pdf)

BROSCHÜRE

Abfertigung alt (0,4 MB - pdf)

RATGEBER

Abfertigung Alt (0,5 MB - pdf)

Wenn Sie die gesetzliche Korridorpension in Anspruch nehmen
Wenn Sie die gesetzliche Schwerarbeitspension in Anspruch nehmen

BEACHTEN SIE

Vereinzelt können in allen Fällen günstigere kollektivvertragliche Regelungen gelten.

Höhe des Abfertigungsanspruches

Die Höhe Ihrer Abfertigung hängt von der Dauer des Arbeitsverhältnisses ab:

Dienstzeit	Monatsentgelte
nach 3-jähriger Dienstzeit	2 Monatsentgelte
nach 5-jähriger Dienstzeit	3 Monatsentgelte
nach 10-jähriger Dienstzeit	4 Monatsentgelte
nach 15-jähriger Dienstzeit	6 Monatsentgelte
nach 20-jähriger Dienstzeit	9 Monatsentgelte
nach 25-jähriger Dienstzeit	12 Monatsentgelte

Welche Zeiten werden angerechnet?

Lehrzeiten

Lehrzeiten werden bei der Berechnung der Dienstzeiten nur angerechnet, wenn das Arbeitsverhältnis inklusive Lehrzeit mindestens 7 Jahre gedauert hat.

Zeiten des Mutterschutzes

Die Zeiten des Mutterschutzes werden vollständig berücksichtigt.

Elternkarenzzeiten

Elternkarenzzeiten für vor dem 1. August 2019 geborene, adoptierte oder in unentgeltliche Pflege genommene Kinder werden nicht berücksichtigt.
Elternkarenzzeiten für ab dem 1. August 2019 geborene, adoptierte oder in unentgeltliche Pflege genommene Kinder werden hingegen bis zum gesetzlichen Maximalausmaß angerechnet.

Vereinzelt gelten jedoch günstigere, kollektivvertragliche Regelungen.

Zeiten des Präsenz-, Zivil- und Ausbildungsdienstes

Die Zeiten des Präsenz-, Zivil- und Ausbildungsdienstes werden voll berücksichtigt.

Wie wird die Abfertigung berechnet?

Die Basis für die Berechnung Ihrer Abfertigung ist Ihr letztes Brutto-Monatsentgelt. Dieses setzt sich zusammen aus:

Ihren regelmäßig wiederkehrenden Bezügen, wie zum Beispiel Gehalt, Provision oder Überstundenentgelt

Dem aliquoten Anteil an Sonderzahlungen, wie zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld

Aufwandsentschädigungen wie Kilometergeld oder Diäten zählen nicht zur Berechnungsbasis.

Wechselt die Höhe von unregelmäßigen Entgeltbestandteilen, wie zum Beispiel Überstunden oder Provisionen, wird im Zweifel der Durchschnitt eines ganzen

Jahres herangezogen.

Von der errechneten Brutto-Abfertigung werden 6 Prozent Lohnsteuer abgezogen.

Beispiel

Herr Huber hat ein Gehalt von 1.500 Euro und Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld). Nach 5 Jahren Arbeit wird er gekündigt. Die Abfertigung (3 Monatsentgelte) berechnet sich kurz wie folgt:

	Gehalt	1.500 Euro
x	14 (12 Monatsgehälter + Urlaubsgeld + Weihnachtsgeld)	
=	Jahresgehalt	21.000 Euro
:	12 Monate	
=	1 Monatsentgelt (unter Berücksichtigung der anteiligen Sonderzahlungen)	1.750 Euro
x	3 Monate	
=	Abfertigung	5.250 Euro

ODER

	Gehalt	1.500 Euro
+	1/12 Urlaubsgeld	125 Euro
+	1/12 Weihnachtsgeld	125 Euro
=	1 Monatsentgelt (unter Berücksichtigung der anteiligen Sonderzahlungen)	1.750 Euro
x	3 Monate	
=	Abfertigung	5.250 Euro

Zeitpunkt der Auszahlung

Mit Ende Ihres Arbeitsverhältnisses muss Ihnen Ihr Arbeitgeber 3 Monatsentgelte Ihrer Abfertigung auszahlen. Besteht darüber hinaus ein weiterer Anspruch, muss ihn Ihr Arbeitgeber ab dem 4. Monatsersten nach Ende des Arbeitsverhältnisses in monatlichen Teilbeträgen auszahlen. Ein Teilbetrag beträgt mindestens 1 Monatsentgelt.

Beispiel

Frau Kiesel wird von ihrem Arbeitgeber Steingut nach 20 Jahren gekündigt. Das Arbeitsverhältnis endete am 31. Jänner 2020. Sie hat Anspruch auf 9.000 Euro Abfertigung netto. Das sind 9 Monatsentgelte.

Arbeitgeber Steingut muss am 31. Jänner 2020 Frau Kiesel 3.000 Euro bezahlen. Die restlichen 6.000 Euro in monatlichen Raten vom 1. Mai 2020 bis zum 1.

Sie haben einen Abfertigungsanspruch, obwohl Sie selbst gekündigt haben?

Siehe oben [„Wann Ihnen trotz Selbstkündigung eine Abfertigung zusteht“](#)

Ihr Arbeitgeber darf die Abfertigung in monatlichen Raten zahlen. Eine Rate muss mindestens die Hälfte eines Monatsentgelts betragen. Die erste Rate ist am Monatsersten nach Ende des Arbeitsverhältnisses fällig.

ACHTUNG

Beenden Sie Ihr Arbeitsverhältnis wegen Elternschaft selbst, gilt die normale Fälligkeitsregelung. ([Siehe „Zeitpunkt der Auszahlung Ihrer Abfertigung“](#))

Übertritt vom alten ins neue Abfertigungssystem

Sie können mit Ihrem Arbeitgeber schriftlich einen Übertritt vereinbaren.

Es gibt 2 Übertrittsvarianten:

Variante 1: Einfrieren der erworbenen Abfertigungsanwartschaft

In diesem Fall vereinbaren Sie mit der Arbeitgeberseite einen Stichtag. Für die bis dahin fiktiv angefallene Abfertigungsanwartschaft, zum Beispiel 9 Monatsentgelte nach 20 Jahren, gilt das alte Recht weiter. Das heißt zum Beispiel Verlust der Abfertigung bei Arbeitnehmerkündigung.

Ab dem vereinbarten Stichtag zahlt der Arbeitgeber Beiträge in die Betriebliche Vorsorgekasse (BVK) ein. Für diese Beiträge gilt dann das neue Abfertigungsrecht.

Variante 2: Übertragung eines vereinbarten Betrages an die BVK

Bei dieser Variante vereinbaren Sie mit der Arbeitgeberseite eine bestimmte Summe, die diese in die BVK einzahlt.

Sowohl für die übertragene Summe, als auch für die ab dem vereinbarten Stichtag zu zahlenden Beiträge gilt das neue Abfertigungsrecht.

5. Abschnitt

Abfertigung

§ 41. (1) Dem Beamten, dessen Dienstverhältnis durch Kündigung gemäß § 72 der Dienstordnung 1994 aufgelöst wird, gebührt eine Abfertigung, wenn ihn an der Kündigung kein Verschulden trifft. Die Abfertigung beträgt für jedes tatsächlich zurückgelegte Dienstjahr das Einfache des Monatsbezuges, der der besoldungsrechtlichen Stellung des Beamten beim Enden des Dienstverhältnisses entspricht.

- (2) Eine Abfertigung gebührt auch dem Beamten, der gemäß § 73 Abs. 1 der Dienstordnung 1994 austritt, wenn das Dienstverhältnis
1. innerhalb von acht Wochen nach der Annahme eines Kindes an Kindesstatt oder der erfolgten Übernahme eines Kindes in unentgeltliche Pflege,
 2. innerhalb von zwei Jahren nach Geburt eines Kindes, wenn wegen dieses Kindes vom austretenden Beamten eine Eltern-Karenz gemäß § 53 oder § 54 der Dienstordnung 1994 oder Teilzeitbeschäftigung gemäß § 28 der Dienstordnung 1994 in Anspruch genommen wurde, oder
 3. während einer Teilzeitbeschäftigung gemäß § 28 der Dienstordnung 1994 endet, das Kind bei Enden des Dienstverhältnisses lebt und in jedem Fall noch nicht älter als vier Jahre ist. Gleiches gilt für die Beamtin, die austritt, wenn das Dienstverhältnis während der Schutzfrist gemäß § 5 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes 1979 oder § 66 der Dienstordnung 1994 oder während einer an diese Schutzfrist anschließenden Dienstabwesenheit wegen Urlaubes, Krankheit oder Unfalles endet.

(2a) Eine Abfertigung gebührt überdies dem Beamten, der gemäß § 73 Abs. 1 der Dienstordnung 1994 austritt und ohne Unterbrechung nach Auflösung seines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses in ein privatrechtliches Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen wird, wenn für ihn im privatrechtlichen Dienstverhältnis Beiträge nach dem Wiener MitarbeiterInnenvorsorgegesetz – W-MVG zu leisten sind.

- (3) Die Abfertigung gemäß Abs. 2 und 2a beträgt nach einer Dienstzeit von

- 1 Jahr das Einfache,
- 3 Jahren das Zweifache,
- 5 Jahren das Dreifache,
- 10 Jahren das Vierfache,
- 15 Jahren das Sechsfache,
- 20 Jahren das Neunfache,
- 25 Jahren das Zwölffache

des Monatsbezuges, der der besoldungsrechtlichen Stellung des Beamten beim Enden des Dienstverhältnisses entspricht. Der Dienstzeit sind die Zeiten von durch Vertrag begründeten Dienstverhältnissen zur Gemeinde Wien zuzurechnen, wenn das frühere Dienstverhältnis vor oder anlässlich der Unterstellung unter die Dienstordnung 1994 ohne Anspruch auf Abfertigung beendet worden ist und für dieses Dienstverhältnis keine Beiträge gemäß § 3 W-MVG geleistet worden sind; dies gilt sinngemäß auch für Lehrzeiten zur Gemeinde Wien.

(4) Wird ein Beamter, der das Dienstverhältnis durch Austritt aufgelöst hat, innerhalb von sechs Monaten wieder in ein Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen, so hat er eine gemäß Abs. 2 erhaltene Abfertigung zurückzuerstatten. § 9 Abs. 2 letzter Satz ist anzuwenden.